



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Jochen Kohler, Barbara Regitz, Hans Ritt, Berthold Rüth, Josef Schmid, Angelika Schorer, Dr. Ludwig Spaenle, Klaus Stöttner, Thorsten Schwab, Peter Tomaschko, Martin Wagle und **Fraktion (CSU)**

Vollständige Rechtsgrundlagen für Deutschlandticket vom Bund einfordern und bayerische Erweiterung vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin nachdrücklich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass dieser die notwendigen Grundlagen für die Einführung des Deutschlandtickets, insbesondere auch die beihilferechtliche Klärung mit der EU-Kommission, schnellstmöglich herbeiführt, um für die anderen Beteiligten am ÖPNV Planungssicherheit zu schaffen.

Der Landtag begrüßt die Bemühungen der Staatsregierung auf bayerischer Ebene ein gegenüber dem regulären Deutschlandticket vergünstigtes Angebot für besonders unterstützungswürdige Personengruppen zu schaffen. Notwendige Voraussetzung hierfür ist jedoch das Vorhandensein einer verbindlichen Rechtsgrundlage seitens des Bundes für das Deutschlandticket, auf dem das vergünstigte bayerische Angebot basieren kann.

Der Landtag bittet die Staatsregierung im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zu den Ergebnissen der interministeriellen Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Staatsministerien für Wohnen, Bau und Verkehr, für Unterricht und Kultus, für Wissenschaft und Kunst, für Familie, Arbeit und Soziales, des Innern, für Sport und Integration sowie der Finanzen und für Heimat zur Vereinbarkeit von Deutschlandticket, der vergünstigten Variante dieses Tickets, die durch die Staatsregierung angekündigt wurde, dem 365-Euro-Ticket und der Schülerbeförderung zu berichten.

Begründung:

Für die Umsetzung des Deutschlandtickets sind noch Grundlagen durch die Bundesregierung zu schaffen. Dies umfasst insbesondere auch eine beihilferechtliche Abstimmung mit der EU-Kommission, welche ggf. Auflagen der EU für die Umsetzung des Deutschlandtickets zur Folge haben kann. Um Planungssicherheit für alle Beteiligten am ÖPNV zu schaffen, ist hier eine schnellstmögliche Klärung durch den zuständigen Bund notwendig. Diese ist auch elementare Voraussetzung um auf bayerischer Ebene

die Konzeption eines gegenüber dem Deutschlandticket vergünstigten Tickets abschließen zu können.

In der Sitzung des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr vom 31.01.2023 hat das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr berichtet, dass eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr, des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst, des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales, des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration und des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat zur Vereinbarkeit von Deutschlandticket, der vergünstigten Variante dieses Tickets, die durch die Staatsregierung angekündigt wurde, dem 365-Euro-Ticket und der Schülerbeförderung eingerichtet wurde. Über die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe soll dem Ausschuss zeitnah berichtet werden.